

Tübingen, 09.11.2021

Antrag

Die Verwaltung wird gebeten, über den aktuellen Stand der Krisenvorsorge und von Notfallplänen für die Stadt Tübingen zu berichten. Die Planung weiterer zuständiger Behörden ist im Bericht einzubeziehen.

Begründung

Die COVID-Pandemie, die Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie die drastische Energieverteuerung und teilweise Energieverknappung haben uns 2021 erneut vor Augen geführt, dass wir auch im Hochtechnologieland Deutschland nicht vor Katastrophen geschützt sind.

Die bundesweite Alarmübung im September 2020 (NINA) ergab, dass bereits die Ausrufung des Alarms gescheitert ist. Alte funktionierende Sirenenanlagen wurden in der Vergangenheit flächendeckend abgebaut, digitale Warnsysteme versagten. Über konkrete Notfallszenarien ist die Bevölkerung nicht oder nur unzureichend aufgeklärt.

Besonderes Augenmerk bitten wir auf einen längerfristigen Ausfall der Elektrizitätsversorgung zu richten (Blackout).

Nach der Katastrophenschutzübung „Heißer Süden“ (vgl. Schwäbisches Tagblatt vom 15.10.2017) zeigte sich auf fast allen Gebieten der öffentlichen wie privaten Daseinsvorsorge die große Abhängigkeit von der Stromversorgung. Beispiele: Trinkwasserversorgung mit allen dafür erforderlichen Pumpstationen vom Bodensee bis in die Häuser, Abwasserentsorgung, Krankenhausbetrieb und Arztpraxen, Heizungssysteme usw.

Wir bitten explizit um Beantwortung der folgenden Punkte:

- Wurden seit 2017 an den neuralgischen Punkten Notstromaggregate mit hinreichendem Kraftstoffvorrat bzw. händisch zu bedienenden Vorrichtungen installiert?
- Werden regelmäßig Übungen durchgeführt?
- Welche Vorkehrungen wurden auf anderen Gebieten getroffen?
- Wann und in welcher Weise wird die Tübinger Bevölkerung darüber informiert, was in einem Katastrophenfall seitens der Behörden geschieht und was der Einzelne tun sollte (öffentliche Notfallpläne)?

Reinhard von Brunn